

Diese Zeitung erscheint
jede Woche samstags.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1,20
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 5452.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Zahlstellen-Anzeigen bis
3 gespaltene Kolonnen-Zeile
60
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey,
Druck von G. R. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: J. Schneider, Hannover.
Redaktionsfrist: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Gewerkschaftliche Arbeit im Frieden.

II.

Der Ablauf der Tarifverträge in der Zeit, für die wohl mit dem Frieden gerechnet werden darf, erscheint nach und neben dem drückendsten Problem, mit dem die soziale Entwicklung nach dem Frieden einsetzt wird. Mit vollem Recht haben die Gewerkschaften ihre Bemühungen noch in der Kriegszeit darauf gelenkt, eine großartige Organisation der Arbeitsvermittlung für die Zeit nach dem Kriege herbeizuführen. Wir wissen alle, daß das, was wenigstens für den Augenblick — hinsichtlich der staatlichen Organisation der Arbeitsvermittlung von den Gewerkschaften erwartet werden kann, hinter dem zurückbleiben dürfte, was man als das Mindestmaß einer unparteiischen Bewertung der menschlichen Arbeitskraft erwarten sollte. Aber freilich, so wichtig das Problem der Arbeitsvermittlung ist und so erfreulich eine endliche Lösung der sich um diese drohenden Streitfälle wäre, so ist natürlich die Arbeitsvermittlung eine bedeutsame Form für die Regelung des Arbeitsmarktes; noch viel wichtiger wird aber vor allem für die ganz ausnahmsweisen Verhältnisse der Demobilisierung dauernde Arbeitsgelegenheiten und in ihren Arbeitsbedingungen befriedigende Arbeitsbeschaffung sein. Dieses große volkswirtschaftliche Problem, das im höchsten Sinne des Wortes ein nationales Problem ist, hängt aufs innigste zusammen mit der Frage der Verlängerung der Tarifverträge. Nicht nur für die heute tarifmäßig gebundenen Arbeitergruppen, sondern auch für die Industrien, in denen die Gewerkschaften bisher nicht in kollektiven Arbeitsverträgen die Bedingungen der Arbeitsleistung ihrer Mitglieder binden konnten, wird die Gestaltung der Tarifverträge von entscheidender Bedeutung sein. Das Nichtzustandekommen von Tarifverträgen würde eine Zeit der heftigsten Kämpfe vor dieser Feststellung und einen dauernden Kleinrieg nach dieser Feststellung zur Folge haben. Wird es möglich sein, das größte Problem der Überführung der Kriegszeit in die Friedenszeit, der Beschaffung ausreichender und in ihren Bedingungen befriedigender Arbeit für die ins bürgerliche Leben zurückkehrenden Kriegsteilnehmer auf längere Zeit hinaus zu lösen, dann wird das Tarifproblem nach dem Kriege von seinen Schwierigkeiten und seinen Gefahren sehr vieles verlieren. Aber über diese Aufgabe hat man bisher öffentlich noch nicht viel gesprochen.

Wir haben noch nichts davon gehört, daß sich die Reichsregierung, die Bundesregierungen und die Städte mit dieser Frage beschäftigt hätten. Die Aufgabe ist auch so riesengroß, daß man ihre außerordentlichen Schwierigkeiten zeitig genug ins Auge fassen sollte. Aber die Frage ist offen; sie von den Gewerkschaften aufzuwerfen und weiter zu verfolgen, ist vor allem wichtig. Freilich kann man die engeren Probleme der Gewerkschaftsbewegung nicht einfach unerörtert lassen, bis diese Frage gelöst ist. Man muß, immer unter Betonung der Wichtigkeit der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege, das nächstwichtigste Gewerkschaftsproblem, die Frage der Tarifverlängerung, prüfen und die Regelung der Tarife vorbereiten. Bei dem Tarifproblem spielen ganz naturgemäß die Gewerkschaften eine in viel höherer Maße aktive Rolle als bei den der Arbeitsbeschaffung nach dem Kriege.

Wir wollen gern vorweg als gegeben anerkennen, daß die behördlichen Organe vom Reichskanzler bis zu den kommunalen Behörden hinunter der friedlichen Auseinandersetzung zwischen den Berufsorganisationen der Unternehmer und Arbeiter allen Eifer widmen werden. Aber man würde irren, wenn man diesem von uns angenommenen Moment eine entscheidende Bedeutung beimessen würde. Die Rücksichten auf die Regierung, die während des Krieges mehr oder minder freiwillig von allen Seiten geübt wurden, werden nach dem Kriege die Interessen der Berufsorganisationen nicht mehr in den Hintergrund drängen. Man hat während des Krieges und man wird während des Krieges weiter diese Zugeständnisse unter dem Gesichtspunkt machen, daß hinter hohen allgemeinen Volksinteressen nicht nur die individuellen Interessen, sondern auch die der Organisationen zurücktreten müssen. Aber diese Zugeständnisse wurden gemacht stets in der Erwägung, daß man nach dem Kriege die Interessen — damit meine ich natürlich die kollektiven Interessen — der Organisationen wieder in den Vordergrund stellen und daß man mit Entschiedenheit diese Interessen wahren wird. Es wäre Naivität, anzunehmen, daß das etwa nur für die Arbeiter gelten würde; wir wissen ja alle, daß die Unternehmer für die Zeit nach dem Kriege ihre Vorbereitungen treffen mit einer Politik gegen die Arbeiterorganisationen. Die Unternehmer rechnen damit, daß die Zugeständnisse, die sie in der Kriegszeit den Arbeitern gemacht haben, keine dauernde Nachwirkung haben sollen auf die Zeit, die sich nach dem Frieden ergeben wird. Die Zugeständnisse der Unternehmer in den Kriegsindustrien hingen zusammen mit den großen Ansprüchen auf rasche Lieferung und auf höchste Leistung und dann auch ferner mit mancherlei Einwirkungen der Auftraggeber, der Behörden, auf die Unternehmer. Selbstverständlich werden mit dem Fall dieser Voraussetzungen auch die Wirkungen aufhören, die der Krieg für einen Bruchteil der Arbeiter in günstiger Hinsicht gezeitigt hat.

Die großen Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen werden aber von dem Kriege in den Frieden nur die Erinnerung einer

opferreichen Zeit mitbringen. Aber es wird noch anders sein als die einfache Erinnerung. Dabei wollen wir von allen seelischen Nachwirkungen des Krieges in dieser rein wirtschaftlichen Betrachtung schweigen. Der Krieg hat eine große T e u r u n g erzeugt. Durchaus nicht bloß in Deutschland; das wäre, so merkwürdig es im Augenblick klingt, für die künftigen gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen gar nicht das Vergste, denn man würde annehmen, daß die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die sich nach dem Kriege ergeben, eine durch den Krieg hervorgerufene ausnahmsweise Preisgestaltung in kurzem ausgleichen würden. Tatsächlich ist aber die Preisrevolution, die mit diesem Krieg parallel geht, eine Welterscheinung geworden, eine Erscheinung, die sich auch auf die neutralen Länder, wie auf die skandinavischen Staaten und die Schweiz, ja auch auf die überseeischen Länder erstreckt hat. Es ist keineswegs anzunehmen, daß diese Preisrevolution mit dem Eintritt des Friedens normaler und gesunder Preisgestaltung weichen wird. Die Ursache des hinausschnellens der Preise wird auch nach dem Kriege geraume Zeit dauern und dann nur ganz langsam abflauen. Jedenfalls wird in der Zeit, die für den Abschluß der Tarifverträge in Betracht kommen wird, die Teuerung sehr stark auf die Arbeiter und Arbeiterinnen drücken. Die Preise der Nahrungsmittel sind aber selbstverständlich ein ganz besonders im Vordergrund stehendes Moment bei der Feststellung der Lohnforderungen der Arbeiterorganisationen zur Zeit der Vorbereitung der Tarifverträge. Diese Preise der unentbehrlichen Lebensmittel und Bedarfsartikel wird man in Vergleich setzen zu den Preisen, die die Regel bildeten, als die nun ablaufenden Tarifverträge vorbereitet wurden. Die Arbeiterorganisationen werden jedenfalls dem Gedanken widerstreiten, daß nach einem nicht zuletzt für die Arbeiter sehr opferreichen Kriege die Lebensbedingungen der Arbeiter verschlechtert werden sollen. Sie werden sich bemühen, daß die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen besser wird als sie vor dem Kriege gewesen ist. Als das Mindestmaß dessen, was die neuen Tarifverträge bringen sollen, wird den Arbeiterorganisationen die Forderung erscheinen, daß die Kaufkraft der in den neuen Tarifverträgen festzusetzenden Löhne nicht geringer sein darf, als die Kaufkraft der Löhne auf Grund der alten Tarife in der Zeit war, bevor der Schrecken des Weltkrieges über Europa kam. Selbst diese Mindestforderung würde aber ein starkes Steigen der Geldlöhne in den neuen Tarifverträgen erfordern.

Da wir nicht mit irgendeiner aus dem Gefühl erwachsenden Einsicht der Unternehmer, sondern mit rein wirtschaftlichen Erwägungen bei den Arbeitern wie bei den Unternehmern rechnen, so müssen wir der Wahrscheinlichkeit ins Auge fassen, daß die Unternehmer auch noch so gut begründeten und noch so sehr in jeder Hinsicht gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter ihren Interessenstandpunkt entgegenstellen werden. Sie werden sich, wie das immer gewesen ist, jedem Aufstiege der Arbeiter entgegenstellen, und wir werden all die Gründe zu hören bekommen, die uns aus der Kenntnis der Tarifvertragsverhandlungen vor dem Kriege geläufig sind. Diese hier zu wiederholen und uns über sie in Erörterungen einzulassen, ist nicht notwendig. Lediglich das soll erwogen werden, was die Unternehmerorganisationen und ihre Tarifunterhändler als für die Zeit nach dem Kriege besonders maßgebend für ihre Entscheidung bezeichnen werden. Sie werden wohl zugestehen, daß man mit einer Prosperitätsperiode nach dem Kriege zu rechnen hat, denn sehr vieles, was dieser Krieg an beweglichem und unbeweglichem Eigentum zerstört haben wird, wird wieder herzustellen sein, und die völlig leer gewordenen Lager der Fabriken, der Groß- und Kleinhändler werden gefüllt werden müssen. Aber die Dauer dieser Prosperitätsperiode werden die Unternehmer bei den Vertragsverhandlungen gering anschlagen. Sie werden mit einer Unterkonsumtion des Volkes nach der Wiederherstellung der durch den Krieg vernichteten Güter und nach der Füllung der Lager rechnen. Sie werden behaupten, daß die Schwierigkeiten des Exports in das uns durch den Krieg besonders verfeindete Ausland auf das Höchste erschwert sein wird und daß das auch für das neutrale Ausland gelten wird, wo sich die Konkurrenten Deutschlands, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, um neue Absatzmöglichkeiten bemüht haben, die zu verdrängen den Unternehmern als eine der dringendsten Aufgaben nach dem Kriege erscheinen wird.

Schon aus diesen Erwägungen wird man ganz genau erkennen, daß die Gewerkschaften auf ihrem eigenen Gebiet mit außerordentlich großen Aufgaben nach dem Kriege zu rechnen haben werden.

Über diese Aufgaben die Arbeiter und Arbeiterinnen aufzuklären, das Verständnis für Wesen und Aufgaben der Gewerkschaften, aber auch für die Pflichten in den Gewerkschaften bei den indifferenten Arbeitern und Arbeiterinnen zu erzeugen und bei den durch die Gewalt des Krieges abgelenkten neu zu beleben, das ist eine ebenso schöne wie große und dringende Aufgabe. Man muß sich während der Kriegszeit schon wieder einmal beschäftigen mit den hemmnissen gewerkschaftlicher Aufgaben und mit den Wegen, auf denen sie durch kräftige Organisationen zu überwinden sind. Hier liegen die entscheidenden Pflichten der Gewerkschaften, denen wir nachleben sollen. Das sind die Aufgaben nicht bloß für die Zeit, nachdem der Friede uns wieder blühen wird. Dann sie mit voller Wucht in Angriff zu nehmen, wäre zu

spät. Kein Tag sollte schon jetzt von allen Organen der gewerkschaftlichen Organisationen versäumt werden, den wir ausnützen könnten für die Aufklärung der Arbeiter und Arbeiterinnen über die Größe und Art der gewerkschaftlichen Aufgaben und über die Schwierigkeiten, die sich auch nach dem Kriege für die Gewerkschaften einstellen werden. Jeder nüchtern denkende Gewerkschafter sollte hierauf vor allem seine Gedanken konzentrieren.

Adolf Braun.

Ein lehrreicher Briefwechsel.

An die chemische Fabrik von E. Merck, Darmstadt, ein Unternehmen, das mehr als 1000 Arbeiter beschäftigt, richtete die Frankfurter Gauleitung unseres Verbandes folgendes Schreiben:

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau XIII.
Frankfurt a. Main, den 28. November, 1914.

Tit. Firma E. Merck, Darmstadt.

Es dürfte der geehrten Firma nicht unbekannt geblieben sein, daß sowohl die Reichsregierung wie auch die bundesstaatlichen Regierungen, ebenso die verschiedenen Kommunalverwaltungen, gegenüber den freien Gewerkschaften eine vollständig geänderte Stellung einnehmen. Gemäß des Anspruchs des deutschen Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ werden, um nur dies eine Beispiel anzuführen, die Mitglieder der freien Gewerkschaften wie auch der sozialdemokratischen Partei zu den Staats- und Militärverhältnissen ungehindert zugelassen.

Bekannt wird der geehrten Firma auch geworden sein, daß die verschiedenen Behörden die Organisation der freien Gewerkschaften als Stütze bei der Verteilung der Arbeitslosenunterstützung, zur besseren Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte sowie auch zur Belebung und Regelung der wirtschaftlichen Tätigkeit innerhalb Deutschlands benutzen.

Angeichts dieser Tatsachen erlauben wir uns die ergebene Anfrage, ob die geehrte Firma die Behinderung der in Ihrem geschäftlichen Betriebe beschäftigten Arbeiter an der freien Ausübung des Koalitionsrechts nicht aufzugeben geneigt ist.

Die Arbeiter empfinden die Behinderung an einem ihnen gesetzlich zustehenden Recht als einen Zwang, und nur die Furcht, wirtschaftlich geschädigt zu werden, hält einen großen Teil davon ab, sich öffentlich als Mitglieder zu bekennen. Ebenso empfinden es die Arbeiter als eine Ungerechtheit, daß es ihnen verwehrt wird, die Presse der Partei zu halten, der sie angehören. Dieses Verbot wird um so drückender empfunden, als es selbst Angehörigen des aktiven Militärstandes erlaubt ist, diese Presse zu halten.

Die Mitglieder der freien Gewerkschaften sowie auch der sozialdemokratischen Partei geben unbeschadet ihrer Ansichten und Grundsätze ihr Blut zum Schutze des Vaterlandes und damit auch der heimatischen Industrie hin. Die großen Mittel der freien Gewerkschaften werden zum großen Teil zur Unterstützung der durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeiter und der Familien der Krieger verwandt. Da ist der Wunsch der Arbeiter, daß sie sich, ohne Gefahr zu laufen, wirtschaftlich geschädigt zu werden, den Organisationen anschließen dürfen, die ihre Interessen vertreten, gewiß nur als allzu berechtigt zu betrachten.

Angeichts der angeführten Tatsachen nehmen wir gern an, daß auch die geehrte Firma, dem Beispiel der Behörden folgend, die Verbote in bezug des Haltens der sozialdemokratischen Presse sowie auch der Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften zurückziehen und es den Arbeitern freistellen wird, sich den ihnen genehmen Organisationen anzuschließen. Wir sehen einer diesbezüglichen Antwort gern entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
L. Braun.

Darauf ging diese Antwort ein:
E. Merck, Darmstadt.

Darmstadt, den 5. Dezember 1914.

An den
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau XIII,
Frankfurt a. Main, Merckelgasse 51.

Ihr geschätztes Schreiben vom 28. v. M. ist in meinen Händen.

Wie Sie wissen, pflege ich alle, meine Arbeiter angehenden Angelegenheiten mit diesen selbst zu erledigen. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ich mit niemand, der außerhalb meiner Fabrik steht, über Angelegenheiten meiner Arbeiter unterhandele. Ich bedauere deshalb, auf Ihr Schreiben nicht eingehen zu können.

Es erübrigt sich auch, die einzelnen Punkte, von denen ich mit Interesse Kenntnis genommen habe, zu besprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
E. Merck.

Unsere Gausleitung schrieb zutreffend:

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gau XIII.
Frankfurt a. Main, den 9. Dezember 1914.

Titel
Firma E. Merck (Direktion F), Darmstadt.

Für Ihre Antwort auf unser Schreiben vom 28. v. M. bestens dankend, gestatten wir uns, ergebenst darauf aufmerksam zu machen, daß der Zweck Ihres Schreibens Ihrerseits anscheinend nicht richtig aufgefaßt wurde. Es lag nicht in unserer Absicht, Sie zu einer Unterhandlung mit uns Außenstehenden zu veranlassen.

Der Zweck unseres Schreibens sollte sein, Sie auf die verschiedenen Wertschätzung, die die freien Gewerkschaften in Ihren geschätzten Betrieben gegenüber der in den Staats- und Militärfabriken genießen, aufmerksam zu machen. Namentlich war es uns aber darum zu tun, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß das in Ihrem geschätzten Betrieb leider immer noch bestehende Verbot, daß die Arbeiter bei Strafe der Entlassung einer freien Gewerkschaft nicht angehören dürfen, bei den Arbeitern ein Gefühl der Verdrossenheit und Unfreiheit auslöst.

Wir sind uns dessen sicher, daß die letzte Rede des deutschen Reichstanzlers, nach der es in Zukunft in Deutschland nur noch freie Deutsche geben soll, Ihre volle Zustimmung gefunden hat und nehmen gern an, daß auch Sie Ihren Arbeitern die Freiheit nicht vorenthalten werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

L. Bruns.

Eine Antwort auf dieses Schreiben ist nicht mehr erfolgt. Den Kommentar zu dem Briefwechsel muß sich jeder Leser selbst machen. Wir sind durch den Burgfrieden und die Zensur zu sehr behindert.

Organisationshilfe in schwerer Zeit.

Die Werbetätigkeit der Gewerkschaften unter den Arbeiterinnen war bisher nur bis zu einem gewissen Grade erfolgreich. Vor Ausbruch des Krieges gehörten nur 221 005 Arbeiterinnen den gewerkschaftlichen Zentralverbänden an, die damals über 2 1/2 Millionen Mitglieder zählten. Nach den Erfahrungen der in der Agitation tätigen Männer und Frauen glauben die Arbeiterinnen, daß ihnen die Zugehörigkeit zur Organisation wenig greifbare Vorteile bietet. Die Mehrzahl bekennt ihre Erwerbsarbeit nur als vorübergehende Erscheinung. Schon deshalb wollen viele Arbeiterinnen die Mitgliedschaft nicht erwerben. In der Hauptsache aber stoßen sie sich an der Beitragszahlung, die nach ihrer Ansicht, zumal bei kurzer Erwerbsarbeit, nur ein Opfer für sie bedeutet. Dem Hinweis auf die Leistungen der Organisation begegnen sie mit der Bemerkung, sie würden sich die Beitragssummen sparen, dann hätten sie mehr, als die Mitgliedschaft ihnen bieten kann.

Ob alle Arbeiterinnen, die mit diesen und andern Gründen den Beitritt zur Organisation abgelehnt haben, auch heute noch so reden würden, wenn sie Kenntnis erhielten von den Leistungen der Gewerkschaften an ihre Mitglieder während der Kriegszeit und nach den Erfahrungen, die viele Arbeiterinnen in dieser Zeit machen mußten, muß bezweifelt werden. Über Frauen sind schlechte Berührungsbefehle und schlechte Zeitungsleier, deshalb bleiben sie meist ununterrichtet über diese Dinge.

Als der Krieg ausgebrochen war, strotzte das ganze Wirtschaftsleben. In den Arbeitsnachweisen und in den Büros der Gewerkschaften stand die große Zahl der arbeitslosen Männer und Frauen, die Arbeit haben wollten um jeden Preis. Ganz besonders groß war die Zahl der arbeitslosen Frauen und Mädchen. Sie blieben zum Teil auch dann noch immer ohne Beschäftigung, als die Männer mehr und mehr in den Betrieben unterkunft fanden, die für den Heeresbedarf arbeiteten. Mit Einziehung des Wehrdienstes wurde zwar die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften stärker, und manche Arbeiterin fand dort Beschäftigung, wo früher nur Männer gefunden hatten. Doch heute aber kann der Arbeitsmarkt nicht alle Frauen aufnehmen, die Beschäftigung haben wollen.

Nach den Ergebnissen der dritten Berichterstattung der Gewerkschaften über die Zahl der Arbeitslosen in den Zentralverbänden während der Kriegszeit waren am 30. April d. J. noch immer 13 577 Arbeiterinnen ohne Beschäftigung. Das sind 8 Prozent der von der Statistik überhaupt erfaßten weiblichen Mitglieder. Die Zahl der überhaupt arbeitslosen Frauen und Mädchen ist erheblich höher.

Könnte man als unorganisierten Arbeiterinnen, die während der Kriegszeit ohne Beschäftigung waren, fragen, ob die ersparten Beitragssummen ihnen eine nennenswerte Hilfe in der traurigen Zeit der Arbeitslosigkeit gewesen seien, sie würden wohl alle mit nein antworten. Selbst wenn sie regelmäßig am Wochenlohn den Organisationsbeitrag in die Sparbüchse gesteckt hätten, wäre in den meisten Fällen eine so kleine Summe dazu gewesen, daß sie nur für ganz kurze Zeit genügt hätte. Aber in der Regel werden die Beiträge doch gar nicht gespart, sondern mit ausgegeben, und deshalb finden eben die Arbeiterinnen, die einer Organisation angehören, mit Verzicht ihrer Beschäftigung vor dem Risiko.

Daß man werden in den meisten Fällen die Summen, die an organisierte Arbeiterinnen als Unterstützungen ausbezahlt werden können, größer gewesen sein als jene, welche sie durch Beiträge eingezahlt hatten.

In einer Organisation können alle Mitglieder gleichmäßig Beiträge zu leisten, ohne daß die Unterstützungsleistungen zu gleicher Zeit und in gleichem Maße in Anspruch zu nehmen. Ein Teil wird mehr eingezahlt als er wieder erhält; dafür können wieder andere mehr erhalten. Da aber niemand in der Arbeitslosigkeit ist, so er es auf die Dauer Beschäftigung und Verdienst hat und wie lange er erwerbslos ohne Beschäftigung sein wird, so erhält sich jedes Organisationsmitglied durch die Beitragszahlung die Sicherheit, in der Zeit der Not ein Anrecht auf die Unterstützungsleistungen des Verbandes zu haben.

Seit fünfzehn Jahren hat die Arbeiterkraft dreimal Perioden großer und langandauernder Arbeitslosigkeit durchleben müssen. Diese aber wurden überwunden vor der Arbeitslosigkeit während des Krieges, namentlich in den ersten Kriegsmonaten. Durch Anträge für den Heeresbedarf und durch die Einziehung des Landsturms hat sie allerdings bedeutend nachgelassen. Bedenklich ist sie aber auch heute noch nicht, besonders nicht für die Arbeiterinnen.

In der Zeit vom 5. August 1914 bis zum 30. April 1915 sind von den Gewerkschaften über 20 1/2 Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangt. Diese Summe stellt eine ungeheure Arbeitslosigkeit während des Krieges aus und läßt die Not sehen, die dadurch über die Familien der Arbeiterinnen gekommen ist, die ohne die Unterstützung der Gewerkschaften noch viel größer gewesen wäre. Gleichzeitig aber zeigt die Angabe über die den arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern gezahlten Hilfe, was schreckliches Schicksal der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Organisationszeiten zu leisten vermögen.

Die 20 1/2 Millionen Mark sind gesammelte Organisationsbeiträge, die zwar, der sie jetzt, bei uns noch nennenswerte gewissermaßen helfen, aber doch weniger helfen. Die schon vorhin erwähnte Sicherheit, die daraus erwächst, läßt sich aber das Opfer weniger helfen. Darunter aber sollte der Gedanke, daß man mit der Beitragszahlung, sobald sie von Nutzen gewesen wird, einer großen Zahl von Personen in schwerer Zeit Hilfe bringen können, auch ein wenig Rechnung finden und Berücksichtigung für die Ausbreitung der Organisation unter den Arbeiterinnen zu werden.

Es ist wahr, daß das Geschäftsleben bei den Frauen stärker erkrankt ist als bei den Männern, denn nach der Hinweis auf die Wirkung der Organisationsbeiträge während des Krieges auch aus den Kreisen der Arbeiterinnen für eine Sache gewonnen, die, unter großen Schwierigkeiten geschehen, sich zu einer gesamtgesellschaftlichen Unterstützung gestalten konnte. Mögen deshalb die Ergebnisse der Leistungen gewerkschaftlicher Bemühungen während der Arbeitslosigkeit bekannt werden.

Frauenarbeit und Familienversorgung.

Für die Familien, wo die Hausfrau tagsüber durch Erwerbsarbeit dem Hause ferngehalten wird, ist die Schwierigkeit immer größer, den Familienangehörigen und namentlich den Kindern die Ordnung zu geben, die dem Menschen erst das Leben befähigt macht und die er zu seiner Entwicklung braucht. Noch schwieriger gestaltet sich aber fast ausnahmslos die Versorgung der Familie. Eine Frau, die arbeiten geht, bleibt nicht viel Zeit dazu übrig. Sie muß die Wirtschaft morgens und abends, vor und nach ihrer Erwerbsarbeit, schnell und vorläufig besorgen und außerdem in dieser kurzen Zeit das Essen vorbereiten, das entweder am Tage oder nachts ohne Aussicht weiterkocht. In jedem Falle kann der Herstellung der Hauptmahlzeit nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt werden, wo dafür die richtige Zeit fehlt.

Aus diesem Grunde bevorzugen Frauen mit Familie die Heimarbeit als Erwerbszweig, weil sie ihnen doch noch mehr gestattet, die Wirtschaft, das Essen und die Kinder zu beschäftigen, als die Beschäftigung außerhalb des Hauses.

Die Verufe, in denen Heimarbeit möglich ist, sind aber nicht in der Lage, alle Frauen, die arbeiten müssen, aufzunehmen. Da nun immer mehr Frauen erwerbstätig sein müssen, so erhöht sich von Jahr zu Jahr die Zahl der Familien, in denen der zweckmäßigen Ernährung und der Versorgung und Beaufsichtigung der Wirtschaft und der Kinder nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet werden kann. Aber auch die in der Heimarbeit tätigen Frauen können sich nicht in dem Maße um Wirtschaft und Kinder kümmern, wie es im Interesse der Familie nötig wäre. Heimarbeit ist fast ausnahmslos Saisonarbeit. In der Saison aber muß viel geschafft

werden, um die Familien zu ernähren. Die Hausfrau muß die Kinder ernähren, wenn diese von den Eltern unterhalten werden und so eingetragene, nach dem Mindestlohn der Gewerkschaft und Lohn und Beschäftigung erhalten.

Diese Frauen gewinnen in dem Maße öffentlichen Ansehens, wie die Gelegenheit zur guten Versorgung der Familie durch die Gewerkschaft der Erwerbsarbeitnehmer wächst. Die Frauen für diese Unterstützung haben nicht allzu große Ansprüche, da die Familienunterstützung in der Regel nur gegen Entgelt gegeben wird. Nicht Wohlstandskrankheiten, sondern gemeinnützige Einrichtungen zur Versorgung der arbeitenden Bevölkerung sind zur Versorgung und Beaufsichtigung der Kinder für uns notwendig. Die Erwerbsarbeit der Frauen schädliche Wirkungen für die Entwicklung eines großen Teiles der Bevölkerung ausüben. Auf diesem Gebiete wirft manes zu schaffen, ist in der jetzigen Zeit und für die nächste Zukunft dringend notwendig. Der Krieg stellt große Aufgaben in die Reihen der Bevölkerung, und die große Notwendigkeit, die auch nach dem Kriege noch eine Fülle von Aufgaben mit sich bringt, muß in vielen Fällen Linienernährung zur Folge haben. Auf der einen Seite werden dadurch immer mehr Frauen zur Erwerbsarbeit gezwungen, und auf der anderen wird immer mehr Menschen die Möglichkeit genommen, sich zweckmäßig zu ernähren. Das muß mit der Zeit zur Verringerung des bürgerlichen Zustandes führen. Je eher das geschieht, desto besser ist es für die Gesundheit. Die Frauen können zur Beschleunigung dieser Dinge und dazu, daß tatsächliche zweckmäßige Einrichtungen getroffen werden, dadurch beitragen, daß sie den Einfluß der Arbeiterkraft durch ihren Beitritt zu den Arbeiterorganisationen stärken. A.—S.

Aus der Industrie

Kampflustige Brüder.

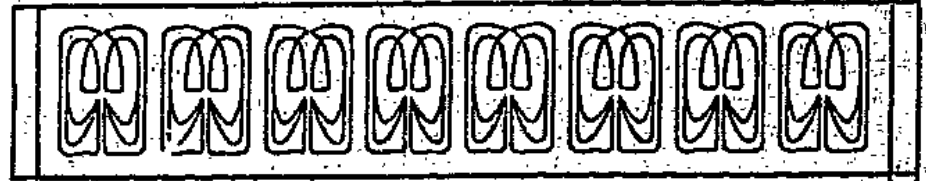
Der Verein deutscher Papierfabrikanten, die Normalpapiervereinigung, das Druckpapier Syndikat und verschiedene andere Interessenvertretungen der Papiermacher haben in Anbetracht der Steigerung fast aller Rohmaterialienpreise, gleichfalls Preisserhöhungen beschlossen und versuchen dieselben bei ihren Abnehmern durchzubringen. Darob sind ihre Brüder von der Papierverarbeitungszunft, und vor allem die Zeitungsverleger, arg entsetzt. Im „Zeitungsverlag“, im „Berliner Tageblatt“ und in sonstigen größeren Tageszeitungen rufen die Zeitungsverleger die Regierung um Hilfe an gegen ihre preissteigernden Brüder: von der Papiermachersunft. Durch zollfreie Einfuhr von Zeitungspapier und durch Ausfuhrverbote soll den Zeitungsverlegern eine Preisserhöhung erspart bleiben. Sie weisen auf die Maßnahmen Frankreichs und Rumaniens hin, welche die Einfuhrzölle auf Papier und Papierstoffe aufgehoben resp. ermäßigt haben, vergessen dabei aber ganz, daß diese Länder schon zu Friedenszeiten auf die Einfuhr von Papier, Holzstoff und Zellulose angewiesen waren, während die deutsche Papierindustrie an Überproduktion leidet, auf die Ausfuhr angewiesen ist und vor dem Kriege als „billiger Jakob“ von den übrigen papierausführenden Ländern scheel angesehen wurde. Es ist eine bekannte Tatsache, daß viele Papierfabrikanten ihre Waren zu Scheubereisen verkaufen und dann durch Zahlung niedriger Löhne die Betriebe rentabel zu gestalten suchten. Ehemals rentable Werke sind durch ihre Schmutzkonkurrenten zu verlustreichen Arbeiten gezwungen worden, andre, Millionen-Unternehmungen, arbeiten seit ihrem Bestehen mit Verlust. Der Krieg mit der nicht besonders angenehmen Begleiterscheinung des Preiswuchers auf allen Gebieten hat in der Preisfrage eine Einigkeit unter den Papierfabrikanten herbeigeführt. Einige Papierfabrikanten sollen sich schon so stark gefühlt haben, daß sie ihren Abnehmern, die sich weigerten, auf laufende Abschlässe Preisserhöhungen einzutreten zu lassen, mit der Materialsperrung durch die Papierfabrikanten drohten. Dieses Vorgehen einzelner Firmen hat auch der Papierindustrieverein zum Anlaß genommen, den Papierfabrikanten den Fehdehandschuh hinzuworfen. Der Vorsitzende dieses Vereins, Kommerzienrat Krause, hat an den Vertreter der Papierfabrikanten, Kommerzienrat Bräuner, einen Brief geschickt, in dem er diesen und der gesamten Papierfabrikation Blüten und Gebeihen wünscht, aber gegen Preisserhöhungen auf laufende Abschlässe protestiert. Da aber in der Papierfabrikation Jahresabschlüsse die Regel bilden, so würden die Papierfabrikanten samt ihrer Einigkeit und ihrer Preisserhöhungsbeschlüsse fast leer ausgehen. Die Papierfabrikanten haben nun durch ihren Generalsekretär Duges den Fehdehandschuh aufheben lassen und erklären sich zum Kampf bereit. Dieser Herr setzt in Nr. 26 des „Wochenblatts für Papierfabrikation“ den Papierarbeitern die Gründe auseinander, warum die Papiermacher durch Miesenverluste gezwungen seien, Preisserhöhungen vorzunehmen, und erklärt mit folgenden Worten die Kampfbereitschaft der Papierfabrikanten:

„Soll jetzt dieser furchtbare Krieg, der uns zu einem einigen Volk von Brüdern zusammenschmelzen sollte, den Abnehmern Verantwortung bieten, die früher leider vorhanden gewesen sind Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, so mögen sie dies tun! Sie mögen aber bedenken, daß die Papierfabrikanten mit ihrer Forderung um Erhöhung der Preise innerhalb laufender Schlüsse, wenn auch nur zu einem bescheidenen Bruchteil, für das Bestehen ihrer Fabriken, für sich selbst, für ihre Familien und für ihre Arbeiter kämpfen. Und in diesem Kampf werden sie kein gefehlich und moralisch zulässiges Mittel unversucht lassen!“

So liegen sich nun die Brüder aus den beiden Papierzünften in den Haaren, sie, die sich bei Kriegsausbruch im „Kriegsauschuß“ für das deutsche Papierfach“ versammelt hatten, um die Interessen der gesamten deutschen Papierindustrie zu wahren. Trotzdem sie mit allen Mitteln ihrer Arbeiterschaft eine Vertretung in diesem Ausschusse verteidigt haben, ist nun doch, ohne daß die Papierindustriellen den verheerenden Wirkungen der Arbeitervertreter ausgefetzt waren, ein Vorkampf ausgebrochen.

Schlechte Geschäfte.

Die „Taq“ (Papeten-Industrie-Aktien-Gesellschaft in Berlin) hat auch für das Geschäftsjahr 1914 wieder mit Unterbilanz gearbeitet. Die Gesellschaft, die gegründet wurde, um die gesamte deutsche Papetenindustrie zu vertreten, hat seit ihrem Bestehen dividendenlos gearbeitet. Die Hauptmächte jener Ordnung stehen ihr heute zum Teil als stärkste Konkurrenten gegenüber. Die Gesellschaft mußte, um nicht ganz zu verfallen, ihre Betriebe an die Börse zu verkaufen. Aus diesen Bedingungen wurde im Berichtsjahre ein Nettogewinn von 535 000 Mk. eingenommen. Dem stehen gegenüber 210 000 Mk. an Unkosten und 345 000 Mk. an Abschreibungen. Der aus dem Vorjahre übernommene Vortrag von 15 599 Mark reduziert sich auf rund 8000 Mk. und wird auf neue Rechnung vorgezogen. Die Gesellschaft hat die Bildung eines Kriegsvorbehalts in Höhe von 1 700 000 Mk. in Angriff genommen, dem ein Teil der Abschreibungen zugeflossen ist. Die an der „Taq“ beteiligte Papetenfabrik Benzel am Rhein, die bisher vier Prozent Dividende bezog, bleibt für das Berichtsjahr ebenfalls dividendenlos. Die Wirkung des Krieges auf die „Taq“-Unternehmungen ist sehr stark fühlbar. Nach dem Geschäftsbericht haben die angeschlossenen Werke nur ein Drittel des früheren Umsatzes erzielt.




Was denkt der Schuft?

Es zogen Sechzigjährige hinaus
Und trugen, jung gekrafft, des Kriegs Beschwerde.
Die hart verdiente Ruh' verschmähten sie
Und lösten sich vom liebgewohnten Herde.
Sie dachten: Unser Leben blüht von vorn! —
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie wüßte ich mit meinem Korn?

Es kramten Sechsehnjährige zum Kampf
Und dachten nicht, im Mutterarm zu warten;
Ein ganzes Leben — ihnen galt's so viel,
Um Brechgen auszufüllen oder Scharen.
Sie dachten: Wer vorm Feinde fällt, stirbt nie! —
Was denkt der Schuft?
Wie hoch verschahre ich mein Vieh?

Und Mütter setzten in das graue Spiel
Drei Söhne, vier und mehr, so viel sie hatten.
Sie zahlten in den Schatz des Vaterlands
Mit Kindesblut und mit dem Blut der Gatten.
Sie dachten: Siegt mein Volk, so lohnt der Kauf! —
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie trüb ich meinen Fins hinaus?

Und kommen wird der Tag, da Blumen blühen
Aus jedem Grab, in das ein Gluck verfaul.
Und kommen wird der Tag, da Lehren stehen
Auf jedem Grund, der Blut und Tränen trau.
Und Deutschland preiß sein eignes Geschick!
Was denkt der Schuft?
Er denkt nicht mehr: er hängt, toll's Gott, am Strick.
Das Graß.



werden. Auch außer dieser Zeit besteht für viele die Verpflichtung zur ausschließlichen Beschäftigung mit der Arbeit, weil Heimarbeit ganz allgemein schlecht bezahlt wird. Deshalb müssen die Frauen, die sich nicht mit weniger Verdienst begnügen können, auch als Heimarbeiterrinnen tüchtig hinterher sein, und es bleibt ihnen für Wirtschaft und Kinder oftmals weniger Zeit übrig, als der Fabrik- oder Werkstattarbeiterin.

Eine Frau, die sich durch die Tätigkeit als Erwerbsarbeiterin und Hausfrau und Mutter jahrelang abredern muß, wird in ihrer Gesundheit natürlich geschädigt. Nur sehr robuste Naturen halten solchen Anforderungen auf die Dauer stand. Auch die Familienangehörigen, namentlich die Kinder, leiden in ihrer Entwicklung. Solange es sich nur um wenige Frauen handelt, hat die Gesamtheit kein besonderes Interesse an der Aufrechterhaltung oder Beseitigung dieser Zustände. Bei dem jetzigen Stande der Frauenerwerbsarbeit aber sind es nicht mehr wenige, sondern große Massen, die in Frage kommen. Nach der im Jahre 1907 veröffentlichten amtlichen Berufszählung waren in den Hauptberufszweigen, außer in der Landwirtschaft, über 2 Millionen Arbeiterinnen und über rund 600 000 berufstätige, verwitwete und geschiedene Frauen beschäftigt. Die als Heimarbeiterrinnen tätigen Frauen sind aber hierbei nur zu einem ganz geringen Teile mitgezählt. In Wirklichkeit war selbst 1907 die Zahl der erwerbstätigen Frauen weit größer. Inzwischen ist sie noch ganz bedeutend gestiegen. Durch den Krieg werden noch mehr Frauen gezwungen sein, zu arbeiten als bisher schon. Da ist es denn doch an der Zeit, Maßnahmen zu treffen, wodurch die schädlichen Wirkungen der Frauenerwerbsarbeit für einen großen Teil der Bevölkerung beseitigt werden können.

Als Mittel hierzu würden gemeinnützige Speiseanstalten für Männer und Frauen und Kindergärten, Kinderwahrnustalten, Kinderhorten usw. dienen, wo Kinder von erwerbstätigen Müttern auch gespeist werden können. Was bis jetzt von diesen Anstalten vorhanden ist, sind meistens Kochhaus-Einrichtungen von Vereinen, Privatpersonen oder Religionsgemeinschaften. Kirchengärten aber können sie mehr als nur einen kleinen Teil der Personen speisen kommen, die sie in Anspruch nehmen wollen. Nach Kriegsausbruch sind sowohl die öffentlichen Speiseanstalten wie auch die Anstalten- und Speisegelegentheiten für Kinder vermehrt worden; vielfach ist auch auf die Erfüllung der üblichen Bedingungen für die Inanspruchnahme bedacht worden. Es hat sich aber gezeigt, daß sie trotzdem von der Bevölkerung nicht gern in Anspruch genommen werden sind.

In unserer Bevölkerung herrscht eine Abneigung gegen öffentliche Speiseanstalten. Diese hat ihren Grund zum Teil in wirklich berechtigten Klagen gegen das veraltete Essen. Schönes Essen und Speiseanstalten brauchen aber nicht unvereinbar miteinander verbunden zu sein, und es ist dort nicht der Fall, wo die Anstalten unter gemeinnütziger Verwaltung stehen und nur dem Zweck dienen, zweckmäßiges Essen unter Ausbeziehung des privaten Vorteils einem größeren Kreise zur Verfügung zu stellen.

Für Übernahme und Verwaltung derartiger Institutionen eignen sich am besten die Stadt- und Gemeindevorstände. Würden diese Speiseanstalten errichten, so unter solchen Voraussetzungen der arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit gegeben wird, zu einem angemessenen Preise gutes Essen zu erhalten, entweder um es an Ort und Stelle zu verzehren oder nach Hause mitzunehmen, so würde einmal die Anstalt, öffentliche Speiseanstalten jener Art errichten, verschwinden und — was die Hauptsache ist — die Arbeiterinnen, die neben der Erwerbsarbeit noch die gesamte Hausarbeit machen müssen, würden entlastet werden. In vielen Fällen würde auf diese Weise den Familien außerdem ein besseres und nahrhafteres Essen zugänglich gemacht werden, als dies im Einzelhandel in der Gasse durch die abgerundete und nicht genügend hochgehende Hausfrau geschehen kann. So manche Arbeiterin würde dann auch warm essen können, die jetzt darauf verzichten muß, weil sie nicht genügend verdient, um im Restaurant oder in ihrer Hauskammer bei fremden Leuten warme Mahlzeiten zu besorgen. Die Essen vor der öffentlichen Speiseanstalt würde sehr bald fühlbar.

Die Fabrikanten der Odeon-Lapenfabrik sind von der Firma Berner & Söhne in Hamburg erworben worden...

Enttäuschung im Schallplattenkonzern.

Ein fürstlich ausgestattetes Unternehmen ist die Carl Schallplatten-Gesellschaft, Berlin. Gegründet wurde die Gesellschaft im Jahre 1908 mit nur 750.000 Mk. Aktienkapital...

Die weitgehende Verzinsung scheint nun aber der Bindungs-Gesellschaft nicht gut bekommen zu sein. Nach den jetzt vorliegenden Berichten kann sie nämlich für das Jahr 1914 keine Dividende zahlen...

Geschäftsergebnisse aus der Düngerindustrie.

Die Industrie künstlicher Düngemittel wurde naturgemäß durch den Ausbruch des Krieges nachteilig beeinflusst. Die vorliegenden Abschläge zeigen jedoch kein einheitliches Bild...

Die Arbeiter der Düngemittel-Fabrikanten sollten überhaupt von den Unternehmern lernen. Diese unternehmen einseitigen Preissteigerungen...

Kriegsrenten und Arbeitslohn im höchsten Farbwerk.

Es ist in letzter Zeit recht viel davon die Rede gewesen, daß die Unternehmer die kriegsbeschädigten Arbeiter, soweit möglich, wieder einstellen sollten...

Die höchste Farbwerke Meister, Lucius u. Brüning verlangten am 11. Mai einen Schiffsperer zur Ausschilfe. Der Schiffsperer Joseph J. fuhr von Frankfurt a. M. hin und wollte die Stelle annehmen...

Genossenschaftsbewegung.

Die zweite Generalversammlung der Volksfürsorge zur Rechnungslegung über das Geschäftsjahr 1914 trat am Sonnabend, dem 26. Juni, im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg zusammen.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Reichstagsabgeordneter Gustav Bauer, eröffnete die Generalversammlung und stellte die ordnungsgemäße Vertretung sämtlicher Aktionäre durch bestellte Bevollmächtigte fest.

Der Bericht der Revisionskommission des Aufsichtsrats, konstatierend, daß bei den verschiedenen Revisionen der Kommission und des vom Aufsichtsrat beauftragten Revisors, Herrn Bästlein, alles in bester Ordnung befunden wurde.

Die Aufsichtsrats hat nach § 33 des Gesellschaftsvertrages die Anstellung eines Revisors beantragt und istgl. dazu Herrn Bästlein vor dessen Wahl hierauf einstimmig vollzogen wurde.

Der Aufsichtsrat hat nach § 33 des Gesellschaftsvertrages die Anstellung eines Revisors beantragt und istgl. dazu Herrn Bästlein vor dessen Wahl hierauf einstimmig vollzogen wurde.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Landarbeiter-Verband im Kriegsjahr 1914. Der Landarbeiter-Verband hatte am Schlusse des Jahres 1913 20.267 Mitglieder, darunter 884 weibliche.

ber Neuaufnahmen im Jahre 1914 müssen ungefähr 4-5000 Mitglieder neben dem bereits eingezogenen als Verlust gebucht werden.

Die Gesamtzahl der Mitglieder im Jahre 1914 betrug 42.418 Mt., im Jahre 1913 38.920 Mt. Erreichte Ziele sind trotz der Kriegszeit verschiedene Ortsgruppen dazu übergegangen, höhere Beiträge einzuführen.

Streiks und Aussperrungen seit Beginn des Krieges. Trotz des Krieges sind seit dem Beginn im März 1915 laut 'Mehrsarbeitsblatt' 52 Arbeitskämpfe ausgebrochen, und zwar 50 Streiks und 2 Aussperrungen mit 4029 Beteiligten.

Der 'Labour Leader', das Blatt der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei, brachte am 27. Mai einen als Flugblatt gedruckten Aufruf über den 'Krieg und die soziale Lage'.

Ausländische Arbeiterbewegung. Kritische Stimmen.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Hohe Strafen sollten gesetzlich festgelegt werden für alle Arbeitgeber, die nach den Entscheidungen dieses Revisionskomitees noch fortfahren, in ihren Betrieben die Kriegslage auszunutzen.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

Die Arbeiter müssen das Parlament hinter sich haben. Das scheint uns zwar eine allzu einfache Formel zu sein, jedoch ist zu berücksichtigen, daß das englische Parlament wesentlich mehr Machtbefugnisse hat als etwa der deutsche Reichstag.

